

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 31.01.2018** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen erteilt die Zustimmung zum Verkauf von Erbbaugrundstücken in der Siedlerstraße, im Vogelsang sowie im Sudetenring.
2. Die Stadt Schwetzingen erteilt die Zustimmung zur Belastung eines Wohnungserbbaurechts mit 68/1.000 Anteil am Erbbaurecht eines Grundstücks im Sudetenring.
3. Die Stadt Schwetzingen erteilt die Zustimmung zur Belastung eines Wohnungserbbaurechts mit 68/1.000 Anteil am Erbbaurecht eines weiteren Grundstücks im Sudetenring.
4. Die Stadt Schwetzingen schließt zur Errichtung eines Werbepylons einen Erbbaurechtsvertrag über eine Landwirtschaftsfläche in der Mannheimer Straße ab.

In den nicht öffentlichen Sitzungen des **Verwaltungsausschusses** sowie des **Technischen Ausschusses am 22.02.2018** wurden Themen behandelt, die Gegenstand der heutigen Sitzung sind bzw. nicht zur Bekanntgabe geeignet sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Zuschauer 1 spricht den Zustand der Unterführung zur Zeyherschule an. Diese sei verschmiert und ein „Dreckeck“. Um dem Ganzen etwas Einhalt zu gebieten, regt er an, einen Graffiti-Profi zum Einsatz zu bringen. Der Oberbürgermeister sagt dazu, dass man darüber nachdenken werde.

Zuschauer 2 bringt seine Freude über die Planungen zum Ausdruck, ein Museum im Rothackerschen Haus einrichten zu wollen. Er möchte gerne wissen, ob es diesbezüglich bereits einen Zeitplan gäbe. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass das Rothackersche Haus ernsthaft auf dem Prüfstand für ein Museum und ein Spargelmuseum stehe, man jedoch noch keinen Zeitplan habe. Vor 2019 sei man sicher nicht in der Lage, Näheres zu bestimmen. Die Sache wolle man aber auch nicht auf die lange Bank schieben, da das Karl-Wörn-Haus im Keller Feuchteschäden aufweise.

TOP 3 Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Schwetzingen Vorlage: 2019/2018

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Damit habe man einen langen und spannenden Prozess aufgenommen und viele neue Erkenntnisse gewonnen. In der Vergangenheit habe man sich schon oft die Frage gestellt, wo man sich verbessern könne und auch schon viel unternommen. Bislang habe jedoch eine systematische Konzeption gefehlt. Mit der Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes durch die Firma B.A.U.M. Consult sei es nun gelungen, Wege in eine erfolgreiche Zukunft aufzuweisen. Er freut sich darüber, dass so viele Bürgerinnen und Bürger starkes Interesse an einer Beteiligung gezeigt und mitgemacht hätten. Die Ziele seien machbar, aber die Stadt brauche die Bürgerschaft und Firmen, um diese Ziele mit umzusetzen und eine deutliche Verbesserung der CO²-Bilanz zu erreichen. Er ermuntert eindringlich die Bürgerschaft, jede Chance wahrzunehmen und gemeinsam den Klimaschutz zu verfolgen.

Der Oberbürgermeister gibt das Wort an Herrn Ludwig Karg, Geschäftsführer der Firma B.A.U.M. Consult, der in einer viertelstündigen Präsentation (s. Anlage) die Grundzüge des erarbeiteten integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Schwetzingen vorstellt. Für den Erfolg sei vor allem wichtig, dass die Stadt das Leitbild und die Klimaschutzziele in die Bevölkerung und Betriebe trage und als Aktivator, Motivator und Unterstützer bei deren Umsetzung auftrete. Davon profitierten dann auch die weiteren Handlungsfelder wie klimafreundliches Bauen und Sanieren, Innovationsprojekte für eine zukunftsfähige Energieversorgung und klimafreundliche Lebensweise sowie die Mobilitätswende.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Karg für seine Ausführungen, die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes und die bisherige gute Zusammenarbeit mit der Firma B.A.U.M. Consult.

Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen. Für Stadtrat Rupp, SFW, ist es wichtig, dass man sich Ziele setzt und Mitstreiter sucht, die diese mit umsetzen. Das Erreichte gelte es dann auch einzuhalten.

Die Stellungnahme von Stadtrat Franz, CDU, ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadträtin Maier-Kuhn, SPD, ist es „ein großer Moment in der kommunalen Politik“. Sie und ihre Fraktion stimmen dem Beschluss „leidenschaftlich gerne“ zu. Ihre Ausführungen und die von Stadtrat Montalbano, B 90/Die Grünen, der „mit großer Freude“ dem Beschlussvorschlag zustimmt, sind ebenfalls in der Anlage beigefügt.

Insgesamt begrüßen die Fraktionen einhellig das Klimaschutzkonzept und sind sich einig, dass man den Klimaschutz in der Bevölkerung noch viel tiefer in den Köpfen verankern müsse.

Stadtrat Nerz hat eine etwas andere Sicht auf die Dinge. Insgesamt ist er nicht so optimistisch wie seine Vorredner. Vieles müsse per Gesetz durchgesetzt werden. Erst entsprechende Gesetze würden dann zu Änderungen beitragen. Er bittet darum, Herrn Cisowski auch in Entscheidungsprozesse hinsichtlich Verkehrsführungen mit einzubinden, um, wie bei der Umleitung Marstallstraße geschehen, unnötigen Schadstoffausstoß durch herumirrende Autos zu vermeiden.

Der Oberbürgermeister dankt dem Klimaschutzbeauftragten Patrick Cisowski für seine bisherige Arbeit und Einsatz. Er sei für die Verwaltung ein Glücksfall und habe während seines ein Jahre dauernden Dienstes bereits viel auf den Weg gebracht und gesteuert.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 15.03.2018

Abschließend richtet der Vorsitzende nochmals einen ausdrücklichen Appell an die Bevölkerung: „Machen Sie mit!“

Beschluss:

- Der Gemeinderat beschließt das Klimaschutzprogramm und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
- Das Klimaschutzprogramm bildet einen zeitlichen und finanziellen Rahmen und wird bei Bedarf an veränderte Einflussfaktoren angepasst. Der Gemeinderat stellt im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung.
- Zur Gewährleistung der Umsetzung des Klimaschutzprogramms sind ab dem Haushaltsjahr 2018 eineinhalb auf drei Jahre befristete Vollzeitstellen (EG 11 TVöD) im Stellenplan einzurichten. Die Besetzung steht unter dem Vorbehalt der Förderung durch das Bundesumweltministerium (BMUB). Die Verwaltung wird aufgefordert einen Förderantrag beim BMUB einzureichen.
- Der Gemeinderat beschließt die Einführung eines Energie- und Klimaschutzmanagementsystems gemäß den Empfehlungen im Klimaschutzprogramm (d.h. durch Einführung eines Klimaschutzmanagers und Überprüfung der Indikatoren wie Stromverbrauch, Ausbau der PV etc.) alle 2-3 Jahre
- Der für die Erstellung des Klimaschutzprogramms eingesetzte Lenkungsausschuss soll weiterbestehen und zur Bewertung des Fortschritts sowie zur Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms mindestens einmal jährlich einberufen werden.
- Über die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts wird der Stadtrat regelmäßig informiert.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Erstellung eines Konzepts zur Aufwertung der Fußgängerzone Mannheimer Straße Vorlage: 2032/2018

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Es handele sich hier um einen Antrag der SFW für ein Konzept zur Aufwertung der Fußgängerzone in der Mannheimer Straße und nicht um eine Generalsanierung, was zu erheblichen Belastungen führen würde. Ein Hauptpunkt sei die Erneuerung der Beleuchtung, die bereits seit Jahren fällig sei. Des Weiteren würden sich immer wieder Steine lösen, die jedoch nicht mehr zu bekommen seien. Ausbesserungen müssten durch eine Fachfirma vorgenommen werden, die die lockeren Steine verklebten. Eine weitere Aufwertung könne durch eine neue Möblierung erfolgen.

Es folgen die Stellungnahmen der Stadträtin Ackermann-Knieriem sowie der Stadträte Renkert, Abraham und Montalbano. Laut Stadtrat Montalbano enthalte sich die Fraktion B 90/Die Grünen, da diese keinen Anlass für einen Antrag sehen.

Stadtrat Nerz möchte nicht, dass man Geld in eine Straße mit aktuellen und noch anstehenden Baustellen investiere. Lediglich die Beleuchtung solle man zeitnah erneuern.

Der Oberbürgermeister weist nochmals darauf hin, dass es sich bei dem Antrag der SFW um ein Konzept handele, das man im Auge behalten und Schritt für Schritt umsetzen wolle. In der Baustelle des Welde-Stammhauses sieht er sogar Chancen. Hier bestehe die Möglichkeit, eventuell ein anderes Pflaster aufzubringen und die dann gewonnenen Steine für weitere Ausbesserungen zu nutzen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich der Mannheimer Straße zwischen Carl-Theodor-Straße und Dreikönigsstraße/Heidelberger Straße (Fußgängerzone) Vorschläge für eine Verbesserung der Beleuchtung, des Oberflächenbelags und Erneuerung der Möblierung zu unterbreiten. Bei der Erstellung eines Aufwertungskonzepts ist die vorhandene Gestaltung der Kleinen Planken, im Sinne einer einheitlichen Stadtraumgestaltung, einzubeziehen.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Nutzung und Entwicklung des Bereichs Alter Messplatz Vorlage: 2013/2018

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Verwaltungsvorlage. Er stellt gleich zu Beginn seiner Ausführungen heraus, dass man das Thema Alter Messplatz nicht mit der Absicht angegangen sei, einen Platz bebauen zu wollen. Vielmehr habe im Jahr 2015 ein seriöser Unternehmer den Vorschlag für eine entsprechende Wohnbebauung mit Hotel unterbreitet. Da in der Vergangenheit Ideen häufig an der Finanzierung scheiterten, hier jedoch ein ernsthaftes Angebot vorlag, wollte man sich intensiv mit den Planungen auseinandersetzen. Man habe sich viele Gedanken über Sinn und Auswirkungen eines Hotels gemacht und wie man mit den wichtigen Parkplätzen umgehen soll. Schließlich habe man die Fa. Immakom Akademie mit der Erstellung eines Hotelgutachtens beauftragt. Die Ergebnisse birgten große Gefahren, weshalb man von dem Investor-Projekt Abstand genommen habe.

Im Verlauf der Untersuchungen habe man gesehen, dass es sehr differenzierte Meinungsbilder gibt. Der Alte Messplatz als Fläche sei für Schwetzungen sehr wichtig. Es könne ja auch noch zu einem späteren Zeitpunkt gute Ideen und Planungen geben. Aktuell wolle man den Parkplatz erhalten, jedoch in der Funktionalität und Außenwirkung verbessern. Hierüber müsse man sich noch Gedanken machen.

Aufgrund der Feuchteschäden im Keller des Karl-Wörn-Hauses biete sich ein Umzug des Museums in das Rothackersche Haus an, in das man noch ein Spargelmuseum integrieren könne. So könne man das denkmalgeschützte Gebäude erhalten.

Die Brachfläche der alten Spargelgenossenschaft biete sich zur Bebauung von sozialem Wohnraum an. Gedanken müsse man sich noch über das Thema Parken in der Innenstadt, Busse, Park & Ride machen. Möglicherweise müsse man sich auch hier Sachverstand holen, um auf die Bedarfe richtig zu reagieren.

In seiner Stellungnahme erinnert Stadtrat Rupp daran, dass frühere Planungen zumeist an finanziellen Mitteln gescheitert seien. Aufgrund der Entwicklung des Pfaudler-Geländes würde der Wohndruck nachlassen und mache eine Bebauung des Messplatzes nicht mehr erforderlich. Seine Fraktion begrüße die Nutzung des Rothackerschen Hauses als Museum. Mit dem Freiwerden des Karl-Wörn-Hauses sei wiederum der Südstadtschule gedient, die aus allen Nähten platze. Auch die weiteren Parkplatz- und Nahverkehrsprobleme solle man angehen und nicht aufschieben.

Die Stellungnahme von Stadtrat Dr. Sommer ist beigefügt. Er wünscht sich eine sensible Begleitung des Projekts zur Attraktivierung und optischen Aufwertung des Areals mit einer hohen Qualität.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Pitsch und Stadträtin Blattner sind ebenfalls beigefügt. Stadtrat Pitsch regt an, das Haus zwischen Sparkasse und Invalidengasse an der Seite zu verputzen.

Stadträtin Blattner spricht sich insbesondere dafür aus, die alten Bäume auf ihre Vitalität hin zu prüfen und zu erhalten.

Laut Stadtrat Nerz definiert sich eine Stadt durch ihre Plätze und Denkmäler, wie das die Partnerstadt Spoleto anschaulich zeige. Plätze sollten nicht einer Bebauung zum Opfer fallen. Er wünscht sich 12 Hochstämme zur Aufwertung des Messplatzes, die Sanierung des Rothackerschen Hauses und eine Ostrandbebauung.

Beschluss:

1. Die „Expertise: Effekte Hotelansiedlung für die Innenstadt“ der Fa. Imakomm Akademie GmbH und die dazu gemachten Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Aufgrund der zentralen Ergebnisse der Untersuchung wird die Projektidee „Hotelansiedlung mit Tiefgarage und Stadthäusern“ aktuell nicht weiterverfolgt.
3. Eine Gesamtbebauung des Alten Messplatzes unter Wegfall der vorhandenen oberirdischen Parkplätze erfolgt nicht.
4. Der Alte Messplatz soll insgesamt städtebaulich aufgewertet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gesamtkonzept zu entwickeln und dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Folgende Teilkonzepte sind dabei mit aufzunehmen
 - a. Nutzung und Sanierung des Rothackerschen Hauses
 - b. Nutzung und Bebauung der Fläche entlang der Invalidengasse (ehem. Spargelgenossenschaft)
 - c. Aufwertung der Hauptfläche des Alten Messplatzes unter vorrangiger Berücksichtigung der Funktion als zentrale Fläche zum Parken und Aufhalten.
5. Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt, die Notwendigkeit, Möglichkeiten und Kosten eines ergänzenden Parkplatzangebots für Busse und PKW im Stadtgebiet näher zu untersuchen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 6 Sanierung der Dach- und Treppenhausbereiche der städtischen Wohnhäuser,
Friedrich-Ebert-Straße 56, 58 und 60
Vorlage: 2034/2018**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende hält es für richtig, hier zu investieren und somit die Dinge voranzubringen.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die genannte Baumaßnahme und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018
Vorlage: 2033/2018**

Sitzungsverlauf:

Kurze Erläuterungen des Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: 2040/2018**

Sitzungsverlauf:

Kurze Erläuterungen des Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die außerplanmäßige Ausgabe über 55.432,93 EUR für den Verlustausgleich des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebs bellamar auf der Haushaltsstelle 1.8170.715000 Verlustabdeckung Eigenbetrieb bellamar.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Kommunalbürgschaft zugunsten des Landes Baden-Württemberg
Vorlage: 2045/2018**

Sitzungsverlauf:

Kurze Erläuterungen des Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die Stadt Schwetzingen übernimmt eine Kommunalbürgschaft (Ausfallbürgschaft) zugunsten des Landes Baden-Württemberg zur Sicherung der Zweckbindung der mit Bescheid vom 28. Juni 2017 gewährten Zuwendung in Höhe von 74.000 EUR für den Um- und Erweiterungsbau des Freien Waldorf-Kindergartens, Marstalstraße 52, 68723 Schwetzingen, im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes zur Kinderbetreuungsfinanzierung.

Die Übernahme der Kommunalbürgschaft (Ausfallbürgschaft) bedarf der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe als Rechtsaufsichtsbehörde.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10 Neubestellung des Gutachterausschusses
Vorlage: 2042/2018**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei Herrn Markus Franz um den Bruder von Stadtrat Michael Franz handele. Bei der Neubesetzung des Gutachterausschusses handele es sich nicht um eine Angelegenheit nach der Gemeindeordnung, sondern nach der Gutachterausschussverordnung Baden-Württemberg. Der Gutachterausschuss würde für 4 Jahre bestellt.

Beschluss:

Auf Vorschlag der CDU wird als Nachfolger für das zum 31.12.2017 zurückgetretene Mitglied des Gutachterausschusses Herr Dr. Hans-Joachim Förster Herr Markus Franz als Mitglied des Gutachterausschusses bestellt. Als Vorsitzender des Gutachterausschusses wird Herr Walter Imhof bestellt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 2041/2018**

Sitzungsverlauf:

Der Oberbürgermeister richtet seinen Dank an alle Spender, die damit Notlagen auffangen würden. Gerade bei der Notgemeinschaft sei das Geld richtig eingebracht.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Für Stadträtin Erny war der Dreck-Weg-Tag ein guter Erfolg. Sie regt jedoch an, die Verteilung der Helfer etwas zu optimieren. In diesem Zusammenhang sei ihr aufgefallen, dass die grauen Mülleimer doch sehr unscheinbar wirkten und nicht ins Auge fielen. Andere Städte würden mit auffälligen, witzigen oder markanten Mülleimern auf diese aufmerksam machen. Sie regt Derartiges auch für Schwetzingen an. Zudem würde sie Kombi-Mülleimer und einen entsprechenden Hinweis darauf begrüßen, dass Zigarettenkippen auch in Müllereimern entsorgt werden dürfen. Der Oberbürgermeister findet dies insgesamt eine gute Idee. Möglicherweise könne man die bestehenden grauen Mülleimer bekleben.

Stadtrat Müller bittet darum, die Zufahrt zur Schlosstiefgarage, die eine ungewohnte Linksabbiegerzufahrt ist, deutlicher zu markieren. Oberbürgermeister Dr. Pörtl sagt dazu, dass dies mit der Sanierung der Karlsruher Straße mit Sicherheit aufgegriffen werde und sich hier vielleicht eine elegante Lösung finden lasse.

Stadträtin Rempp erkundigt sich, ob es aktuelle Informationen hinsichtlich des nicht mehr vorhandenen Behindertenbeirats gäbe. Der Oberbürgermeister sagt dazu, dass man an dem Thema personell dran sei, man aber noch nichts bekannt geben könne.

Stadtrat Pitsch spricht das Außengelände des Privatgymnasiums an. Der Plan stimme nur zu 1/3 mit der Realität überein. Er möchte wissen, in welcher Höhe der für das Außengelände bestimmte Zuschuss gezahlt wurde. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass die beschlossenen 60.000 EUR bezahlt worden seien, man jedoch wegen der Ausführungen, insbesondere der Poller, im Gespräch sei.

Stadträtin Maier-Kuhn spricht den anlässlich des Ausverkaufs der Fa. Höffner auf deren Parkplatz entstandenen Unrat an. Überall sei Styropor herumgeflogen bis in den Hirschackerwald hinein. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass dies ein privatrechtliches Problem sei und kein originäres Thema der Stadt. Die verärgerten Bürger sollten sich gerne direkt bei der Fa. Höffner melden oder selbst bei der Unteren Naturschutzbehörde.

Stadtrat Petzold bittet darum, dass von der Stadt organisierte Termine, zu denen Stadträte eingeladen werden, erst nach 16 Uhr anberaumt werden.

